

Schneider-Zeitung

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands.

Die „Schneider-Zeitung“ erscheint alle 14 Tage Samstags u. wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder kostet die „Schneider-Zeitung“ durch die Post bezogen 1 Mark pro Quartal ohne Bestellgeld.

Redaktion u. Expedition: Köln, Dorotheenwall 9. Fernsprech-Auf Nr. A 8538. —
Redaktionschluss Montags Mittags vor dem Erscheinungstag. Inseratenannahme
durch Otto Kleine, Berlin SW. 47, Mäckerstr. 67.

Zur sozial-wirtschaftlichen Umwälzung.

Die vom Mammonismus befallenen Gesellschaftsschichten und Einzelweisen haben jahrzehntelang ohne jede Rücksichtnahme auf ihre Mitmenschen nur ihre eigenen persönlichen Interessen wahrgenommen, sind über Leichen gestiegen, wenn es galt, Macht und Reichthum zu erwerben. Die ehrliche Arbeit blieb vielfach ohne Wertschätzung. Manche Krise der Gebildeten und namentlich die Emporkömmlinge sahen verächtlich auf diejenigen herab, die es nicht verstanden hatten, Geld und Vermögen zu erwerben. Die Zahl der Unternehmer, die ihren Arbeitern den gerechten und verdienten Lohn streitig machten, ihnen den entsprechenden Anteil am Arbeitsertrag verweigerten, hatten zumeist immer größeren Umfang angenommen. In den unpersönlichen wirtschaftlichen Maschinenbetrieben waren die Angestellten und Arbeiter durch raffinierte Arbeitsteilung seelenlos zur Maschine gemacht und zumeist völlig rechtlos. Bei der Festsetzung des Arbeitsverhältnisses hatten sie nichts zu sagen. Dieses wurde nach dem Willen der Aktionäre von den Betriebsleitungen einseitig festgesetzt, wobei selbst die persönliche Bewegungsfreiheit der Arbeiter außerhalb des Betriebes durch Versammlungs- und Vereinsverbote Beschränkungen unterworfen wurde.

Die Verhandlungen der Parlamente über die diesbezüglichen Klagen und Wünsche, die

Geschichte der deutschen Sozialpolitik

beweist tausendfach die Wichtigkeit des Gesagten. Der große Sozialpolitiker und Arbeiterfreund, Bischof Emanuel von Ketteler, fand sich vor fünf Jahrzehnten schon veranlaßt, vor dem Kapitalismus zu warnen, den Arbeitern aber zu empfehlen, durch gemeinschaftliche Anstrengungen ihre Interessen und Rechte geltend zu machen, damit sie nicht erdrückt werden von den Mächten des zentralisierten Geldes. In der Enzyklika *Leo* des Dreizehnten vom Jahre 1891, fast dreißig Jahre später, ist ähnliches gesagt: „Handwerk und Arbeit ist allmählich der Herzlosigkeit reicher Besitzer und der ungezügelteren Gabel der Konkurrenz schutzlos überantwortet worden. Die Geldkünste des modernen Wuchers kamen hinzu, um das Uebel zu vergrößern. Wenige übermäßige Reiche konnten dem arbeitenden Stande nahezu ein flavisches Joch auflegen.“ Gleiche Mahnungen klangen jahrzehntelang aus dem evangelisch-sozialen Lager.

Der wirtschaftliche und politische Einfluß weniger übermäßig Reichen ist inzwischen immer mehr in Erscheinung getreten. Beim arbeitenden Volke aber hat sich das Empfinden über seine unwürdige Abhängigkeit von diesen Kreisen gesteigert und der Borne über die ungerechte politische Bevormundung und Niederkhaltung ist gewachsen. Im führenden Bundesstaate Preußen herrschte Kraft eines elenden Wahlsystems eine kleine pluto-kritisch-agrarische Oberschicht fast unbeschränkt. Aber auch anderwärts hatte das Volk wenig zu sagen. Selbst der aus einem

demokratischen Wahlrecht hervorgegangene Reichstag als Volksvertretung war fast machtlos.

Eine kleine bevorrechtete Klasse

regierte und leitete die Geschicke des Reiches und des deutschen Volkes. Erst beim Zusammenbruch der Kriegshoffnungen zeigte diese Oberschicht Geneigtheit, auch das Volk und die Volksvertretung an der Leitung des Reiches mitwirken zu lassen. Es war zu spät!

Die Erbitterung über die bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse hatte unter dem Treiben der Annetionisten und Kriegsgewinnler eine solche Schärfe angenommen, daß die vom Reichstag und der Uebergangsregierung bereits in die Wege geleitete politische Demokratie durch die Revolution geradezu überrannt wurde. Heute noch zuckt und gährt es im großen Volkskörper und vielfach gehen die Forderungen weiter als bloß auf Einrichtung einer besseren Wirtschafts- und Staatsverfassung.

Mit Einführung der republikanischen Staatsverfassung, des parlamentarischen Regierungssystems und der politischen Demokratie ist die Umwälzung noch nicht zu Ende. Der Kampf geht weiter um die Durchführung der

Demokratie auch im Wirtschaftsleben,

um die richtige Verteilung des Arbeitsertrages, um das Mitverwaltungsrecht der Arbeiter bei der Betriebsführung. „Um der Gerechtigkeit willen, zur Bannung der Unruhe in den Volksmassen, muß auf diesem Gebiete ein entscheidender Schritt getan werden. Vor allem muß durch eine entsprechende Wirtschaftsordnung die aufreizende Kapitalabführung in Händen einiger wenigen und zu deren eigenen Verwendung verhindert werden. Die Wucherer müssen gefaßt und der Wuchergeist ausgetrieben werden. Die Zeiten sollen vorüber sein, die den Unternehmern ohne weiteres gestatten, aus dem Ertrage der Arbeit den Hauptteil an sich zu nehmen, den schaffenden Arbeitern aber nur Brosamen zu überlassen. Je schneller die Unternehmer sich bereit finden, freiwillig auf diese Forderung einzugehen und mit den Arbeitern sich darüber zu verständigen, um so schneller wird die Ruhe im Lande wiederkehren und die im Gesamtinteresse liegende Produktionsstätigkeit wieder in Fluß kommen.“

Der neue Staat und seine Organe sind daran, auf dem Wege der Gesetzgebung in der bezeichneten Richtung zu wirken, die wirtschaftliche Demokratie zur Durchführung zu bringen. Bei dem jetzigen, schwer darniederliegenden Wirtschaftsleben, bei dessen Zusammenhang mit der Weltwirtschaft und seiner sonstigen Kompliziertheit, ist das keine so einfache und leichte Sache. Aber der Versuch zur Besserung ist gemacht im Sozialisierungsgesetz, in den Gesetzen über die Bewirtschaftung der Kohlen und der Kalkindustrie. Das Sozialisierungsgesetz anerkennt das Recht auf Arbeit und stellt weiter als Grundsatz auf die

sittliche Pflicht zur Arbeit

für alle. Es nimmt ferner in Aussicht die Vergesellschaftlichung all der Betriebe, die sich dazu eignen, namentlich der Bergwerke und anderer Großunternehmungen.

Mit dem „Herr im Hause-Standpunkt“, der so viel Erbitterung geschaffen und so viel Unheil angerichtet hat, wird mit den Sozialisierungsgesetzen gebrochen. Der Arbeiter wird wieder Subjekt und ist nicht nur Objekt des Betriebes, der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Weitergehende Rechtsicherungen als in den erwähnten Gesetzen sollen der Arbeiterschaft und den Angestellten in der Verfassung selbst,

durch Einführung von Betriebsräten

gegeben werden. Das Betriebspersonal erhält damit das Recht, in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie an der Entwicklung der Produktionskräfte sich zu beteiligen und dabei gleichberechtigt mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen, wie die zwischen diesen abgeschlossenen Tarifverträge, sollen nicht etwa außer Betracht bleiben, sondern ihre Anerkennung finden. Zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen wird den Arbeitern außerdem das Recht zur Bildung von Betriebs- und Bezirksausschüssen eingeräumt, Einrichtungen, wie sie von den Gewerkschaftsvertretern im alten Reichstag bei Beratung der Arbeitskammervorlage seinerzeit vorgeschlagen wurden, ihre Bestimmung soll durch allgemeine freie Wahl erfolgen.

Die gesamte öffentliche rechtliche Organisation soll ihre Spitze finden im Reichsarbeitsrat und Wirtschaftsamt, das mit den Organisationen der Unternehmer zusammen die Ausführung der Sozialisierungsgesetze übernehmen soll. Die Reichsregierung hat die Beschlüsse des Arbeiterrates zu beachten und ist gehalten, alle sozialpolitische Gesetze vor ihrer Einbringung im Parlament diesem bzw. dem Wirtschaftsamt vorzulegen. Ob der Reichsarbeitsrat außerdem das Recht erhalten soll, von ihm selbst ausgearbeitete Gesetzentwürfe an den Reichstag zu bringen und dort zu vertreten, wird noch entschieden werden.

Wie die Frage von den zuständigen Stellen bejaht, so wird neben der für die allgemeinen, politischen und wirtschaftlichen Fragen zuständigen Nationalversammlung ein Wirtschaftsparlament ins Leben gerufen, in welchem die verschiedenen Wirtschaftstypen die Regelung ihrer besonderen Angelegenheiten betreiben können.

Die durchgeführten und geplanten Neuordnungen sind außerordentlich begrüßenswert und werden verführend im Volke wirken. Allein ausreichend sind sie nicht zur Herbeiführung allgemeiner Zufriedenheit und irdischen Glückes. Dazu gehört die Wandlung des menschlichen Geistes im Sinne der christlichen Ethik. Nach ihr hat jeder in seinem Nebenmenschen den Bruder, die Schwester zu sehen, diese entsprechend zu beachten und zu behandeln. Werden die Menschen gewandelt zum wahrhaft christlichen Geiste, sie erfährt vom sozialen Pflichtgefühl, dann erst wird das Ideal der „Vollsozialisierung“ zu erreichen sein, eine Sozialisierung, die über die Produktionsmitteln, über die Organisation und Technik weit hinaus geht.

Der christliche Sozialismus,

der durch den egoistischen und materialistischen Geist der Zeit wie der Parteiung so stark in den Hintergrund gedrängt worden ist, hat eine ehrenvolle Vergangenheit und dient als Vorbild. Geräußlos und ohne Blutvergießen hat er wahre Wunder gewirkt, Revolutionen durchgeföhrt, die Jahrhunderte lange dem Volke zum Nutzen waren. Durch die Ständeorganisation des christlichen Mittelalters ward jedem Berufsangehörigen ein bescheidenes Einkommen und der Lebensunterhalt gesichert; für die Kranken und Schwachen durch die Gemeinschaft. Der Kapitalismus hat jede beschriebene Wirtschaftsordnung zerstört. Eine neue Wirtschaftsordnung muß wieder geschaffen werden, die jede

Ausbeutung der Volksmehrheit durch eine Minderheit ausschließt. Der ehrlichen Arbeit ist wieder die Bedeutung und Achtung beizulegen, die sie verdient. Der verächtliche Mammonismus muß niedergeworfen werden und der christliche Opfergeist im ganzen Volke wieder geweckt und gepflegt werden. Das ist die große Aufgabe der neuen Zeit, wird sie in angemessener Frist erfüllt, so ist des deutschen Volkes glückliche Zukunft neu gesichert und gebürgt.

Zeit- oder Stücklöhne?

Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben in ihren Organisationen schon oft die Frage des Zeit- oder Stücklohnes erörtert. Während die Arbeitgeber Anhänger des Stücklohnes sind, traten die Arbeitnehmer immer mehr für den Zeitlohn ein. Die Gründe, welche für die beiderseitigen Organisationen für ihre Stellungnahme ins Feld führen, kann man nicht so ohne weiteres durch eine Handbewegung abtun. Arbeitgeberseits glaubt man bei Stücklohn eher eine Kalkulationsmöglichkeit zu haben, anderseits befürchten die Arbeitgeber, bei Einführung von Zeitlohn würde die Arbeiterschaft nicht so intensiv arbeiten, also die Zügel bei der Arbeit schleifen lassen. Wiederum stellt sich die Arbeiterschaft auf den berechtigten Standpunkt, daß sie wissen will, wenn sie die ganze Woche arbeitet, welchen Lohn sie am Lohnntag ausbezahlt erhält.

Schreiber dieses hat selbst eine ganze Reihe von Jahren in der Maßschneiderei, zum Teil im Stücklohn und im Zeitlohn, gearbeitet. Ich kann mir deshalb wohl aus persönlicher Erfahrung ein Urteil erlauben. Ohne Zweifel hat der Arbeiter bei Stücklohn viele Arbeitsstunden im Jahr, es dürfen oft Wochen in Frage kommen, die er niemals ausbezahlt erhält. Verschuldet werden diese Verhältnisse durch geschäftliche Einflüsse, woran aber nicht immer der Zuschneider die treibende Kraft ist. Dieses verbittert die Arbeiterschaft mit Recht, und deshalb ist die Forderung nach Zeitlohn wohl zu verstehen. Daß diese Forderung in der jetzigen Zeit mit besonderer Schärfe vertreten wird, ist unter Berücksichtigung der derzeitigen politischen Verhältnisse verständlich; einmal will doch die Arbeiterschaft auch in dieser Frage ein Resultat sehen.

Die Meinungen werden wohl bei den künftigen Verhandlungen gehörig aufeinanderprallen, zumal die Frage der Heimarbeit mit hereingezogen werden muß; denn ohne Abschaffung der Heimarbeit ist die Einführung des Zeitlohnes nicht gut denkbar. Die Heimarbeit ist aber in der Schneiderei so fest verankert, daß es einer Umwälzung gleich kommen würde, wenn diese über Nacht verschwinden sollte. Das heutige System der Heimarbeit ist aber wegen ihrer Grenzenlosigkeit ein offensichtlicher Mißstand.

Die Schaffung eines garantierten Mindesteinkommens wird den örtlichen Lohnkommissionen, den Hauptvorständen und den Herren Unparteiischen im Laufe der nächsten Wochen noch viel Kopfschmerzen machen. Die Lösung dieser Frage hat wegen der vielen Heimarbeit seine besonderen Schwierigkeiten. Ich will den Instanzen nicht vorgreifen, für heute aber nur das Augenmerk auf einige wenige Fragen richten, die hiermit im Zusammenhang stehen.

Ohne Frage ist der Zeitlohn die ideellere Entlohnungsform, als die gerechtere halte ich jedoch den Stücklohn. Leider ist die Arbeiterschaft sich ihrer Pflicht nicht immer bewußt, deshalb auch die starke Gegnerschaft seitens der Arbeitgeber gegen Abschaffung des Stücklohnes. Ich habe leider selber folgendes feststellen müssen: Im Jahre 1914 wurde in einer Werkstatt bei Anfertigung von Militärlieferungsuniformen den Gehilfen 28.4 und den Handnäherinnen 15.4 Wochenlohn bezahlt. Diese Löhne waren seiner Zeit in dem in Frage kommenden Orte üblich.

Trotz dieser nicht verhältnismäßig hohen Löhne hat die Werkstatt in den meisten Wochen zum Teil bedeutend zugelegt. Schließlich wurde Teilstücklohn eingeführt. Und das Resultat? Die Gehilfen verdienen schon von der ersten Woche ab über 40 M., einer verdient stets über 50 M.; die Näherinnen erhielten nicht unter 20 M., die meisten 24—28 M., nur eine blieb bei 15 M. Und nun bestand die Werkstatt, trotz dieser bedeutend höheren Löhne, glänzend.

Wenn auf der ganzen Linie Zeillöhne eingeführt werden, dann werden sicherlich die Unternehmer ein bestimmtes Arbeitsquantum verlangen, also das Pensumsystem soweit als möglich einführen. Dieses wäre der Stücklohn im umgekehrten Sinne: Jene, welche das Pensum nicht leisten, würden dann ihre Entlassung bekommen.

In den Kreisen der Kollegenchaft ist nach meiner Auffassung eine so große Gegnerschaft zum Stücklohn gar nicht vorhanden, soweit sie sich wenigstens nicht von der augenblicklichen Stimmung beeinflussen läßt. Auf was es ihnen aber ankommt, ist ein garantiertes Mindesteinkommen. Ob dieses Mindesteinkommen nun nach Wochen oder Monaten berechnet wird, dürfte nicht so sehr von Bedeutung sein. M.

(Zu vorstehenden Ausführungen, die uns von einem Kollegen zugehen, bemerken wir, daß wir ihnen nicht in allen Teilen zustimmen können. Sollten sie eine weitere Diskussion in der behandelten Frage anregen, und das möchten wir im Interesse der Sache lebhaft wünschen, so haben sie ihren Zweck nicht verfehlt, D. N.)

Das Schicksal der Heeres- und Marinebetriebe.

Nach einem geflügelten Wort sollten die Staatsbetriebe Mutteranstalten sein; die wenigsten sind es geworden. Vertreter der verschiedenen Parteien, darunter unsere parlamentarischen Kollegen, haben seit zwanzig Jahren in den Parlamenten immer wieder sich dafür verwendet, daß den Staatsbeamten, den Angestellten und Arbeitern in den Staatsbetrieben entsprechende Gehälter und Löhne, angemessene Arbeits- und Ruhezeiten, insbesondere aber ein Mitbestimmungsrecht bei Regelung aller die Arbeitsverhältnisse betreffenden Angelegenheiten durch Beamten- und Arbeiterausschüsse erhalten. Der Widerstand der alten Regierung dagegen war unüberwindlich. Als auf Antrag Schirmer-Wiederberg 1910 die Eisenbahnarbeiter unter das Arbeitskammergesetz gestellt werden sollten, ließ die Regierung das Gesetz lieber fallen, als diesem Teil der Staatsarbeiter ein auf gesetzlicher Grundlage beruhendes Vertretungsrecht einzuräumen. In manchen Staatsbetrieben hatten die Arbeiter gar nichts zu sagen und wurden durch Disziplinarverfügungen auch außerhalb des Betriebes persönlichen Beschränkungen unterworfen.

Diese Art von Behandlung, die Niederhaltung der Staatsbeamten und -Arbeiter hat verbitternd gewirkt und zur Folge, daß während der gegenwärtigen revolutionären Umwälzungen namentlich in einigen großen Heeresbetrieben der Geist des Widerstandes in besonderem Maße sich geltend machte. In den in Frage kommenden Betrieben ist die Arbeitslust tief gesunken, und an Stelle der Arbeit ist die politische Diskussion getreten. Selbsternannte oder durch terroristische Akte zustandgekommene Arbeiterräte herrschen in den Betrieben in einer Weise, daß deren Wirtschaftlichkeit völlig in Frage gestellt wird. Anordnungen der Behörden bleiben einfach unbeachtet, und das in den Betrieben vorhandene Material und Volksgut wird verschleudert oder findet eine Verwendung, die völlig unrationell ist.

Im Hinblick darauf sind im April 1919 die Spandauer Heereswerkstätten geschlossen worden, mit der Maßgabe, daß zunächst den Angestellten und Arbeitern die Löhne weiter bezahlt werden. Eine derartige Maßnahme ist auf die Dauer unmöglich aufrecht

zu erhalten. Bei den Beratungen im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung am 29. und 30. April 1919 wurde darüber beraten, ob die Heeres- und Marinebetriebe aufgehoben, für andere Arbeit umgestellt oder ob sie abgebaut werden sollen. Der Beschluß des Ausschusses geht dahin, daß, um Ordnung zu schaffen, 1. die sämtlichen Betriebe des Reiches ohne Verzug der Zivilverwaltung, in dem Falle das Reichsstaatsamt, unterstellt werden, 2. daß die Betriebe so geführt werden müssen, daß sie die Unkosten decken und eine angemessene Verzinsung und Tilgung des Anlage- und Betriebskapitals dabei herauskommt. Betriebe, die diese Voraussetzung nicht erfüllen können, sollen in gemessener Zeit geschlossen oder eingeschränkt werden, 3. im Falle der Schließung oder deren Einschränkung ist den Angestellten und Arbeitern eine angemessene Arbeitsgelegenheit an anderen Orten und Betrieben zuweisen, oder wenn dies nicht möglich ist, die Erwerbslosenunterstützung nach den bestehenden Vorschriften zu gewähren. Die Frage, ob eine Umstellung der Heeresbetriebe zweckmäßig und möglich ist, wird noch sachmännlich geprüft.

Da der Bedarf an Heeresmaterial außerordentlich gering geworden ist, die Heeresbetriebe zur Zeit infolge teilweiser Ueberfüllung mit Arbeitskräften sehr unproduktiv geworden sind, wird es zur Einschränkung und teilweisen Stilllegung mancher dieser Betriebe kommen. Dazu zwingt auch die Lage der Reichsfinanzen. Die schwebende Schuld allein beträgt 66 Milliarden Mark. In den süddeutschen Staaten sind eine Anzahl Rüstungs- und Heeresbetriebe längst eingeschränkt oder völlig stillgelegt, die Arbeiter auf dem Lande und anderwärts untergebracht. Im Ausschuß der Nationalversammlung wurde vom preussischen Kriegsminister Reinhardt erklärt, daß die Heeresverwaltung sich auf ein Mindestmaß von Fabriken und Werkstätten beschränken müsse und von jeder Art von Heeresbetrieb in der Hauptsache nur einer bestehen bleiben soll. Es kommen in Betracht: die Gewehrfabrik in Erfurt, die Munitionsfabrik in Kassel, die Artilleriewerkstätten in Spandau-Nord, die Pulverfabrik Klauen und die Geschützgießerei und Teile der Geschöfzfabrik in Spandau. Im Hinblick darauf, daß die süddeutschen Staaten, darunter Bayern, ihre Militärhoheit aufgeben, sollen die Werkstätten und Arbeiter dort angemessene Berücksichtigung finden.

Welch ungeheure Kosten die Spandauer Werkstätten infolge ihrer unproduktiven Betätigung haben, geht daraus hervor, daß im Monat Januar die Betriebsausgaben dort, Gehälter und Löhne, 40 Millionen Mark betragen und heute noch für diese Zwecke monatlich 30 Millionen Mark aufgewendet werden müssen, Ausgaben, denen so gut wie keine Einnahmen gegenüberstehen. Dazu kommen Materialverluste von monatlich etwa 50 Millionen Mark. Den Schaden hat das Reich, hat die übrige Bevölkerung zu decken.

Der Ausschuß der Nationalversammlung war sich darin mit der Regierung völlig einig, daß eine derartige Bankrottwirtschaft nicht weitergeführt werden könne. Auch die Gewerkschaftskollegen unserer Richtung, die Abgg. Schirmer, Koch und Erving, betonten bei den Beratungen, daß mit der Art von Betriebsführung in Spandau ein Ende gemacht werden müsse. Wäre es möglich gewesen, den feinerzeit im alten Reichstag ausgearbeiteten Demobilisierungsplan einzuhalten und auszuführen, so wäre eine derartige bellagenswerte, die Interessen des Volkes schädigende Wirtschaft nicht möglich gewesen. Kollege Schirmer trat insbesondere auch dafür ein, daß die bewährten langjährigen Staatsarbeiter, wie auch die Kriegsbeschädigten, soweit wie möglich in ihren Stellen belassen oder in anderen Staatsbetrieben untergebracht werden sollen. Die Mitwirkung von Betriebsräten bei Regelung der sozialen Angelegenheiten des Betriebes, wie die Hinzuziehung eines parlamentarischen Beirates bei der Festsetzung der allgemeinen Grundsätze für die Betriebsführung in den Staatsbetrieben ist vorgesehen. Der Terror in den Werkstätten wurde von allen Seiten scharf verurteilt.

untergebracht werden. So kam es, daß trotz dem großen Stellenangebot nicht alle Arbeitsuchenden untergebracht werden konnten.

Alles in allem scheint sich überhaupt die Bestrebung geltend zu machen, nach Möglichkeit männliche Arbeitskräfte an Stelle der weiblichen Aushilfen zu setzen. Die Hauptsache dabei ist und bleibt, daß das Einkommen der Männer so gestaltet wird, der Familie die Lebensmöglichkeit zu sichern. Dann wird sowieso manche weibliche Kraft den Arbeitskraft nicht mehr belasten.

C. C.

Regierungserklärung gegen den Terrorismus.

Der Terrorismus gegen die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nahm in letzter Zeit immer mehr überhand. Trotzdem die christlichen Gewerkschaften als gleichberechtigte Faktoren in den Tarifgemeinschaften und auch in der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern und freien Gewerkschaften sitzen, haben die Mitglieder der freien Gewerkschaften auf den Arbeitsstellen die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gezwungen, in die freien Gewerkschaften einzutreten. In den großen Chemischen Fabriken Gröbheim und Höchst ist es gar toll getrieben worden. In einigen Tagen hat man dort 150 christliche Gewerkschaftler in den sozialdemokratischen Verband gezwungen. Andere erklären, auch nicht mehr länger Widerstand leisten zu können.

Neuerdings versuchen auch frei organisierte Schneider christlich organisierte Kollegen in den sozialdemokratischen Schneiderverband zu pressen. Viel Glück haben sie damit allerdings nicht, aber ein Fall verdient gebranntmarkt zu werden. Einem über 60 Jahre alten Kollegen, der Jahrzehnte bei einer Firma beschäftigt ist und von dieser so gewissermaßen mit durchgehalten wird, hat man seitens der Genossen vor die Wahl gestellt, entweder überzutreten oder sie würden seine Entlassung durchsetzen. Der alte Mann, der dazu noch kränklich ist, sah sich vor keine andere Wahl gestellt, als gegen seine Ueberzeugung in den sozialdemokratischen Schneiderverband überzutreten oder sich der größten Notlage preisgegeben zu sehen. Solche Beispiele könnten aus den verschiedensten Berufen noch mehr angeführt werden. Zwar hat der Vorsitzende der Generalkommission, Legien, erklärt, daß der Terrorismus auch ihrerseits verurteilt würde, aber die kleinen Agitatoren im Lande fragen danach herzlich wenig. Den Oirsch-Dunderferischen Gewerkschaften scheint es nicht besser zu gehen. Die Abgeordneten Stegerwald und Imbusch wandten sich schon in der Nationalversammlung gegen den Terrorismus. In der Sitzung am Freitag, den 11. April, schmitt dieses Thema auch der Abgeordnete Erkelenz an und richtete eine förmliche Anfrage an die Regierung, was sie gegen diesen brutalen Terrorismus der freien Gewerkschaften zu tun gedenkt. Geheimrat Trendelenburg erwiderte:

Die Regierung steht auf dem Boden der Koalitionsfreiheit und verurteilt jede Beeinträchtigung, von welcher Seite sie auch ausgehen möge. Bei der bevorstehenden Neuordnung des Arbeiterrechts sind besondere gesetzliche Bestimmungen zum Schutze des Koalitionsrechtes vorgesehen. Tarifverträge, in denen vereinbart wäre, daß nur Angehörige einer bestimmten Gewerkschaft oder Gewerkschaftsrichtung eingestellt werden dürften, würden vom Reichsarbeitsministerium nicht für allgemeinverbindlich erklärt werden können.

Diese Erklärung ist zu begrüßen. Wenn die freien Gewerkschaften nicht freiwillig das Koalitionsrecht anerkennen, dann müssen gesetzliche Bestimmungen zum Schutze desselben geschaffen werden. Wir möchten betonen, daß unsere Mitglieder wie alle christlich organisierten Arbeiter in ihren Organisationen gleichberechtigte Vertragskontrahenten gegenüber dem Unternehmer sind, andererseits ebensogut das Recht auf Arbeit haben wie die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! Wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eurer Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat keinen Anspruch auf Unterstützung verurteilt.

Der 26. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 22. bis 28. Juni.

Der 27. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 29. Juni bis 5. Juli.

Der 28. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 6. Juli bis 12. Juli.

Der Zentralvorstand.

J. M.: A. Schwarzmann.

Arbeiterinnen-Rundschau.

Idealismus und Verband.

Als die Menschen erschaffen wurden, da legte der Weltenschöpfer in jede Menschenseele als herrliches Geschenk den Idealismus. Ohne ihn würde der Mensch von seiner hohen Stufe, die er im Reiche des Sichtbaren einnimmt, herabstinken. Ohne ihn wäre die Entwicklung der Weltgeschichte eine andere gewesen; denn alle die, welche durch die Jahrtausende hindurch das Staatschifflein geleitet, die Größes geleitet haben zum Wohle der Menschheit, waren besetzt von opferfreudigem Verstehen und reinem Idealismus. Wie der Idealismus eine große Rolle spielt in der Entwicklung eines ganzen Volkes, so auch im Leben des einzelnen Menschen und im Leben einzelner Vereinigungen.

Was ist Idealismus? Dasselbe wie Begeisterungszähigkeit. Streben nach hohen, edlen Zielen. Er steht im Gegensatz zum Realismus, aber auch zum Egoismus. Auf welcher niedriger Stufe steht ein Mensch, der nur in den äußeren Gütern, in Gewinnen, in Befriedigung seiner Gelüste das höchste Glück sieht und erstrebt. Der den Wert des Lebens nur mißt nach dem Maße der Erfüllung aller seiner realen Bedürfnisse. Aber auch wie unedel derjenige, der das eigene Ich immer in den Vordergrund rückt, der nur für sich und seine Person lebt und kein Interesse hat am Wohl und Wehe des Mitmenschen. Einen gesunden Egoismus darf jeder haben, aber man muß dabei auch versprechen, im rechten Augenblick die eigene liebe Persönlichkeit ein ganz klein wenig beiseite zu schieben, um der Allgemeinheit oder doch wenigstens einem Teil derselben Platz zu machen.

Jemand, der Idealismus besitzt, weiß genau, daß es mit dem äußeren Gewinn allein nicht getan ist, daß es noch bessere Dinge gibt — Ideale, denen er nachzustreben sich bemüht. Er zeigt aber auch durch sein Leben und Handeln, daß er sich der Notwendigkeit bewußt ist, für seine Mitmenschen einzustehen, und er wird Mühe und Arbeit nicht scheuen, wenn es gilt, das durchzusetzen, was er als recht erkennt.

Vielleicht fragt sich jetzt manche erstaunt: Ja, was hat denn der Idealismus mit der Gewerkschaft, dem Verbande zu tun? C. sehr viel. Gerade im Gewerkschaftsleben ist eine große Portion Idealismus notwendig. Nicht nur für die Beamten, die ihr Leben, ihre Zeit und ihre Kräfte im Dienste der Tausenden und Abertausenden aufzuwenden, deren Interessen zu vertreten sie sich zur Lebensaufgabe gesetzt haben, sondern auch für die einzelnen Mitglieder.

Das Gewerkschaftsleben an und für sich ist etwas durch und durch Reales, das wissen wir alle. Gilt es doch, in hartem Kampfe die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen besser zu gestalten. In zäher Arbeit heißt es Stück für Stück auf dem begonnenen Weg weiterzugehen, mit kleinen Erfolgen anfangend, zu größeren emporsteigend. Da muß mit jeder Mark Lohn mehr oder weniger, mit jeder Stunde Arbeitszeit, mit jeder Minute Arbeitspause gerechnet werden. Es wird gekämpft, oft heißt gekämpft mit allen Waffen, die man mit gutem Gewissen

anwenden kann. Das alles ist äußerst real und materiell. Aber gerade deshalb muß man als Gegengewicht das Banner des Idealismus aufpflanzen; ja, wenn man es recht betrachtet, liegt er gewissermaßen schon darin. Jeder ist sich doch bewußt, daß die Arbeit, die er in und für die Gewerkschaft leistet, nicht nur ihm, sondern tausend anderen zugute kommt. Soll es einem das Herz nicht höher schlagen lassen, wenn man bedenkt, wie man durch seine Arbeit dazu beiträgt, daß das Glück in viele Familien einzieht dadurch, daß der Vater und Ernährer durch seinen höheren und sicheren Lohn seine Lieben vor Not und Hunger schützen kann? Wie Tausende von abgearbeiteten Frauenhänden sich dankend falten, wie Millionen glänzender Kinderaugen in ruhender Freude aufleuchten als schönster Dank für alles, was Du für sie getan hast? Dieser Gedanke muß immer von neuem wieder Mut und Kraft geben, wenn die Schwierigkeiten unübersteigbar scheinen, wenn die Kräfte zu erlahmen drohen. Hier gilt das Wort, daß nur der Idealist in seiner vollen Bedeutung erfassen und in die Praxis umsetzen kann: Einer für alle und alle für einen. Das muß auch für unseren Verband das Lösungswort sein.

Wenn wir die Geschichte und die Entwicklung unseres Verbandes seit seinem Entstehen betrachten, so müssen wir mit Bewunderung staunen, mit welcher nimmermüden Kampfesmut die führenden Männer sich für die edle Sache eingesetzt haben. Trotz vieler Hindernisse und mancher Mißerfolge haben sie immer wieder die schwierige Arbeit aufgenommen, bis sie erreicht haben, was heute uns den Sieg verschafft. Ist das nicht Idealismus in seiner reinsten Form?

Von diesem Idealismus waren aber auch alle die vielen Mitglieder befeelt, die in Städten und Dörfern, in der Arbeitsstätte und am Viertisch sich keine Mühe verbrießen ließen, um für ihren Verband zu wirken und ihm neue Mitglieder zuzuführen. Dank ihrer rastlosen, selbstlosen Arbeit ist der Verband von Jahr zu Jahr gewachsen, und heute können wir es mit ganz besonderer Freude begrüßen, daß er nicht nur männliche, sondern auch

Tausende von weiblichen Mitgliedern

in seinen Reihen zählt.

Sollen wir Frauen uns nun von den Männern beschämen lassen, indem wir weniger tun als sie? Im Wesen der Frau ist gewöhnlich noch mehr Platz für ideale Auffassungen und Bestrebungen. Wir wollen einmal kurz sehen, wie wir Kolleginnen unsern Idealismus im Verbandsbetätigten können. Im ganzen gewerkschaftlichen Leben ist der Frau in der letzten Zeit eine weitaus größere Stellung eingeräumt worden, als es zuvor der Fall war. Es waren, das wollen wir uns ehrlich eingestehen, zum großen Teil die Kollegen, die uns diesen Platz verschafft haben. Aber jetzt wollen wir nicht bloß uns schenken lassen, wie Kinder, die mit einem fröhlichen „Danke schön“ sorglos davonlaufen und sich um nichts weiteres kümmern. Nein, nun wollen wir das Feld, in das wir hineingestellt wurden, mit eigenen Kräften, mit eigener Arbeit weiter bebauen, damit es Früchte bringt, die wir unsern Mühen und Sorgen verdanken dürfen. Auch für uns gilt das Wort: eine für alle und alle für eine! Wir müssen für unsern Verband mutig eintreten, Freunden und Feinden gegenüber. Das kann uns nicht schwer fallen, wenn wir uns der Vorteile erinnern, die er uns geschenkt hat. Die Kraft des Verbandes beruht auf der Stärke seiner Mitgliedschaft. Wie Schönes können wir da leisten, wenn wir uns bemühen, unsererseits so viele neue Kolleginnen zu werben, als in unserer Macht steht. Ruhen wir da nicht im schönsten Sinne der Gesamtheit? Und wie leicht wäre es uns schon manchmal gewesen, eine Freundin oder Bekannte zum Eintritt zu bewegen. Sie schwankte vielleicht, ob und wo sie sich organisieren sollte. Aber da waren wir zu bequem, wir hielten es nicht für der Mühe wert, ihr behilflich zu sein. Nein,

das ist keine ideale Auffassung des Gewerkschaftsgedankens. Wo es irgendwo in unseren Kräften steht, auch wenn wir ein bißchen Mühe damit haben sollten, müssen wir für unsern Verband agitieren. Wir wissen doch, was wir herbei tun; tun wir es nicht nur zu unserm eigenen Nutzen, sondern auch im Interesse all der vielen anderen, mit denen uns das Band reiner Nächstenliebe verknüpft. Dann gleichen wir den Aposteln, die dem Nazarener auf seinem Wege folgten und durch Wort und Tat sich eifrig bemühten, ihm neue Jünger zuzuführen. Dann leisten wir wahre Apostelarbeit im Dienste der guten Sache. Lassen wir uns doch angelegen sein, vor allem die jungen, neu in den Beruf eintretenden Kolleginnen für uns zu gewinnen, denn gerade in der Jugend liegt die Aufgabe, schlummernder Idealismus und starke moralische Kraft.

Leider gibt es aber auch manche Kolleginnen, die nicht nur selbst nichts tun im Interesse des Verbandes, sondern die sogar ablehnend werden, wenn sie glauben, seiner entbehren zu können. Ist z. B. ein Tarif, auf den man lange gewartet hat, günstig abgeschlossen, dann heißt es: So, nun habe ich meinen Zweck erreicht; mein Lohn ist gestiegen, niemand kann ihn mir mehr verkürzen für die nächsten 1 oder 2 Jahre; mithin kann ich ja ruhig wieder aus dem Verbandsverband austreten. — Hui über solche Kollegin! Das ist krasser Egoismus und abicheuliche Un dankbarkeit. So dürfen wir nicht handeln.

Wir wollen uns aus der bisherigen Passivität hinaufschwingen zu einem reinen und hohen Idealismus, der uns gebietet, in steter Treue auszuharren, unsern Verband zu verteidigen und für unsern Verband Kraftvoll zu werden. Auch wenn manchmal ein kleines, persönliches Opfer gebracht werden müßte.

Darum heraus, Kolleginnen, zu emsiger, fruchtbringender, gewerkschaftlicher Arbeit!

Aus der Wäschebranche.

Eberfeld-Barmen. Nach langwierigen Verhandlungen ist es endlich auch in den Wäscheabriken zu dem Abschluß eines Tarifvertrages gekommen. Dieser Verursachung des Bekleidungs-gewerbes war bisher in der Entlohnung sehr mangelhaft bedacht. Schon vor dem Kriege hat unsere Organisation des öfteren versucht, die Näherinnen und Zuschneiderinnen zu organisieren. Leider wurde in diesen Kreisen kein Verständnis für die Vorteile des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses gefunden. Ungeheuren Schäden an Lohnausfall haben die Kolleginnen durch ihre Interessenlosigkeit auch während des Krieges erlitten.

Wenn nun auch der Tarif nicht so ausgefallen ist, wie wir ihn uns gewünscht hatten, so muß doch festgestellt werden, daß jetzt eine Grundlage geschaffen ist, auf der weiter aufgebaut werden kann. Der weitaus größte Teil der in den Wäscheabriken beschäftigten Arbeiterinnen ist in unserm Verbandsverbande organisiert, und werden wir alles daran setzen, dem Vertrag den nötigen Nachdruck zu verleihen, daß das, was vereinbart ist, auch reiflos durchgeführt wird. (Der erzielte Mehrlohn beträgt immerhin für die einzelne Arbeiterin pro Woche 15—20 M.)

Bezüglich der Löhne wurde für Zuschneiderinnen, Näherinnen und Büglerinnen ein Stundenlohn von 65—85 Pf. vereinbart. Das Akkordsystem bleibt bestehen. Die Akkordlöhne sollen aber so geregelt werden, daß geübte Näherinnen mindestens die gleichen Löhne erzielen können wie die in Zeitlohn beschäftigten Arbeiterinnen. Die Arbeitszeit soll 48 Stunden in der Woche nicht überschreiten. Für die Ausübung und Durchführung des Abkommens wurde ein Schlichtungsausschuß gebildet, der aus einem Obmann und aus je zwei Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besteht. Von unserer Seite ist Arbeitnehmervertreter Frä. Griesper, zur Vertretung Frä. O. Krauskopf, Schrift-führerin ist Frä. M. Cajeliß.

Streik in den Schürfarbereien und Waschanstalten.

Seit Dienstag, den 3. Juni, stehen die Arbeiterinnen und Arbeiter der Waschanstalten Eberfelds im Ausstand. Nicht einverstanden mit dem Ergebnis, welches durch o. v. Abkommen in der Textilindustrie, der die Waschanstalten unterstellt sind, hatten die Betriebe gegen die Annahme des Abkommens protestiert.

Da zwei Drittel der Gesamtheit der Textilarbeiterinnschaft sich für die Annahme des Abkommens entschieden, stellen auch die Arbeitgeber sich unter dieses Abkommen und lehnen

lungen ab. Wenn auch der Streik voreilig ausbrochen, so ist es doch notwendig, daß durchgehalten wird, denn diese Arbeiterkategorie hat in der Vergangenheit unter sehr schlechten Lohnverhältnissen zu leiden gehabt, und es ist deshalb gerechtfertigt, wenn solche Löhne verlangt werden, die ein menschenwürdiges Dasein gewährleisten. Wir hoffen, daß wie in der nächsten Nummer unserer Zeitung die siegreiche Beendigung des Streikes berichten können. Unser Verband ist mit einer stattlichen Anzahl von Mitgliedern brüderlich.

Aus der Schuhbranche.

Zum 2. Juni waren die Vertreter der Arbeitnehmerverbände zu Tarifverhandlungen mit dem Verband der Schuhdetailgeschäfte von Rheinland und Westfalen nach Düsseldorf geladen. Die Zusage des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands ging aber erst am selben Tage morgens durch Eilbotenbrief ein, sodaß unsere Tariff Kommission nicht mehr eingeladen werden konnte. Da aber unser Vorstand versammelt war, wurde, um eine weitere Verzögerung zu verhindern, in unverbindliche Verhandlungen eingetreten. Weideseits wurden Abänderungen nach Beratung mit den zuständigen Kommissionen der Verbände vorbehalten und vereinbart, daß am Mittwoch, den 18. Juni, in Düsseldorf weiter verhandelt und der Vertrag endgültig abgeschlossen werden soll.

In der nächsten Nummer unserer Zeitung werden wir also das Endergebnis bekannt geben können.

Neuß. Von unserm Verbands ist mit der Firma Rudolf van Endert verhandelt worden. Das Ergebnis war, daß die Lohnsätze für Näherinnen bis zu 50 Proz. erhöht wurden. Für die Modistinnen sollen in der nächsten Zeit die Löhne festgesetzt werden.

Düren. Auch hier sind die Verhandlungen in der Damen- kostümbrauche zu einem befriedigenden Abschluß gekommen.

Literarisches.

Zur Christlichen Gewerkschaftsverlag Köln, Venloerwall 9, erschien eine Broschüre unter dem Titel: „Gemeinwirtschaft, Grundzüge christlicher Sozialaufassung“. Diese Broschüre soll dazu dienen, die christlich-sozialen Ideen, die gerade in neuerer Zeit ihre Wiederauferstehung erleben, in Geist und Herz unserer Mitglieder recht lebendig zu machen und zu erhalten. Die Ausführungen werden dazu geeignet sein, den christlichen Arbeiter von der Ueberzeugung zu durchdringen, wie überlegen diese Auffassung derjenigen des laienmäßigen Sozialismus ist. Das wird dazu beitragen, sie gerade in dieser Zeit der Entscheidungen mit dem rechten Kampfesgeist zu erfüllen; es wird ihnen immer wieder neue Impulse geben zur Vertretung ihres Standpunktes in der grundsätzlichen Erörterung und in der Praxis des alltäglichen Lebens. Die Broschüre stellt die christlich-soziale Auffassung in möglichst gemeinverständlicher Weise dar und versucht, auf knappstem Raum ein umfassendes Bild der tiefgreifenden, weitreichenden und mannigfaltigen Materie zu geben. Der Preis wird möglichst gering angesetzt werden. Wir bitten schon jetzt um Bestellungen, um die Auflage festsetzen zu können, nach deren Höhe sich auch der Preis richten wird. Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß für die Unterrichts- und Erziehungskräfte in unseren Gewerkschaften diese neue Veröffentlichung des Christlichen Gewerkschaftsverlages unentbehrliche Dienste leisten kann.

„Der 1. Mai und die christlich-nationale Arbeiterbewegung“, so betitelt sich ein Broschürchen, das vom Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter herausgegeben und im Verlag des Verbandes (Mischaffenburg, Karlstraße 21) zum Preis von 20 Pfg. erhältlich ist. Dasselbe enthält sowohl grundsätzliche Darlegungen, wie die Besprechung von praktischen Forderungen und organisatorische Bemerkungen. Es sei unseren Mitgliedern zur Anschaffung angelegentlich empfohlen.

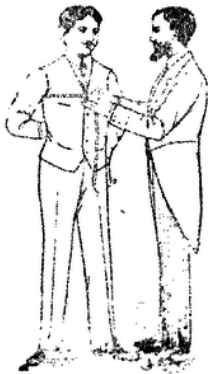
Eine Sonderausgabe des „Deutschen Metallarbeiter“ wird für das besetzte Gebiet mit dem Erscheinungsort M. Gladbach herausgegeben. Die erste Nummer ist unter dem Datum vom 3. Mai erschienen. Damit hilft sich der christliche Metallarbeiterverband in ähnlicher Weise wie es bereits andere Verbände seither getan haben, über die in dem besetzten Gebiet bestehenden Schwierigkeiten des Verkehrs zwischen Verbandsleitung und Mitgliedern hinweg.

Sicher und doch einfach zuzuschneiden. Es sind zwei Kordeurungen, die sich auszuschließen scheinen: „ein sicherer Schnitt“ ist doch wohl nur durch viel Ueberlegung zu erlangen, durch mannigfache Hilfsmittel und eine Summe vorbereitender Maßnahmen, deren jede dem Mißerfolg auf andere Weise begegnet. Ein Maß- und Zuschnideverfahren, das für guten Sitz Gewähr bietet, muß, meint man notgedrungen, ebenso schwierig anzuwenden wie mühsam zu erlernen sein; es kann unmöglich einfach sein. So zu denken, war man bisher gewöhnt mit der Einschränkung, daß die schwer zu erlernenden und ebenso anzuwendenden Systeme nicht einmal Sicherheit für gute Sitz gaben. Daß tiefe Begabung auch das scheinbar nicht zu bewältigende bezwingt, wird wieder einmal durch das Original-Einheits-System von Friedrich Djalas bewiesen. In langjähriger Zuschnideerfahrung erdacht und erprobt, legt es durch zahllose Arbeiten seines Schöpfers und seiner Schüler vor dem ihm innewohnenden Leistungsfähigkeit Zeugnis ab. Die damit geschaffenen Herren- und Damen-Miederungsstücke haben denkbar vornehmsten Schnitt und zwar bei größter Sicherheit für den maßnehmenden und zuschneidenden Meister. Das System erfordert keinerlei Hilfsmittel außer dem, wenn man will auch entbehrlichen Konstruktionswinkel „Dixus“. Und daß es einfach zu erlernen ist, gerade das wird mit Staunen und Dankbarkeit von jedem Schüler, jeder Schülerin anerkannt. Sie mögen die Kunstgewerbliche Bekleidungs-Akademie von Friedrich Djalas, Berlin S.W. 19, Leipzigerstraße 83, besuchen, wo sie unter den Augen des Erfinders in allen Haupt- und Nebensächern eines mit künstlerischer Feinheit schaffenden Zuschnideermeisters ausgebildet werden, oder sie mögen sich die Herrschaft über das System durch Studium der leicht fäglich geschriebenen, durch viele gute Abbildungen anschaulich gemachten Selbstunterrichtswerke für Herren- und Damenschneiderei aneignen. Von diesen Vorzügen des Systems geben schon die von der Akademie frei zu beziehenden Drucksachen und Vorträge eine Vorstellung. Man veräume nicht, sie zu bestellen.

Buschneide-Schule
 Fachwissenschaftliche Lehranstalt 1. Ranges
 für die gesamte Herren- und Damembekleidung.
Dir. Heinrich Menzel
 Breslau V, Gartensstraße 46 II

Gewöhnliche Ausbildung zum Meister, Zuschnider und Direktrice nach meinem selbst erfundenen System
 Kurse für die Meisterprüfung.
 Tages- und Abendkurse beginnend am 1. und 15. jeden Monats. Schnellkurse jederzeit.
 Kriegsverletzte 50 Prozent Ermäßigung.
 Feinste Anerkennungen.
 Prospekte frei. Schnittmuster.

Soeben erschienen!
Des Schneiders Ratgeber
 Handbuch für den täglichen Gebrauch.
 Einzigartiges Nachschlagewerk mit zahlreichen Abbildungen.
 Abgabe an Fachleute gegen Einzahlung von Mf.-0.20 für Porto und Verpackung.
Fachzeitung „Der Schneidermeister“
 Hannover I.



Budde's Planosystem

verbürgt jedem Schneidermeister und Meisterin tadellosen, eleganten Sitz und Formenschönheit. Viele Anerkennungen über nur gute Resultate und Erfolge in der Praxis gehen uns von ersten Fachleuten und Korporationen zu. Verlangen Sie darum

In Ihrem eigenen Interesse

unsere Prospekt, der kostenlos versandt wird. Wir sichern jedem Besucher unserer Zuschneideschule gründliche und zuverlässige Ausbildung in der Herren- und Damenschneiderei sowie Vorbereitung zur Meisterprüfung zu. Der Hauptkursus beginnt am 1. Juli.

Deutsche Schneider-Lehranstalt zu Leipzig S

Richard Wagner-Platz 1.

::

Am alten Theater.

Direktor C. H. BUDDE, Leiter staatl. Meisterkurse.



Warnung!

Es ist mir zu Ohren gekommen, daß mein

Konstruktions-Winkel „Diktus“

welcher bei der Fachwelt eine so überaus günstige Aufnahme gefunden hat, von gewisser Seite nachzuahmen versucht wird.

Hierzu möchte ich Folgendes bemerken:

Der Konstruktions-Winkel „Diktus“ und dessen Anleitung

hat vom Reichsamt

Warenzeichen-Wort- u. Systemschutz.

Ueber diesem Sicherungsriegel steht diesem noch der gesetzliche Schutz zur Seite.

Ich zahle Jedem 1000 Mark

in bar, der mir einen Uebertretungsfall so nachweist, daß ich den Betreffenden dem Strafrichter überliefern kann.

Friedrich Biallas

Berlin S W 19, Friedrichstrasse 83.

Privat-Unterrichtskurse

über das System „Climax“

beginnen nach dem 1. Juli,
abends von 5 1/2 — 8 1/2 Uhr.

Die ersten und besten Zuschneider aller internationaler Modestädte haben dieses

anerkannt beste System adoptiert.

Schröder, Hannover

Thielenplatz 2.

Man verlange gratis und franko Prospekt und Schnittzeichnung, vergleiche Stil und Verlauf der Nähte. Achsellage nach bisher verarbeiteten System. Es gibt keinen besseren Beweis von der Einfachheit und den schicken Formen dieser Methode.



Erste

Thüringische Zuschneide-Akademie

Mühlhäuserstraße 22 EISENACH Mühlhäuserstraße 22

Zuschneide-Lehranstalt 1. Ranges für Herrngardarobe

Neueste Schnitte. — Lehrbuch zum Selbstunterricht

1., 2. und 3. Auflage im Preise von 10 Mark.

Schnittmuster-Versand. Prospekte kostenlos.

Eintritt zum Unterricht jederzeit.

Fachmännische Direktion: J. Braak.

Heiratsgesuch.

Witwer, 39 J. alt, evang., tüchtiger Schneidermeister und Geschäftsmann, mit feinem Charakter und angenehmen Aeußeren, in geordneten Verhältnissen, in kleinem Kurstädtchen, wünscht tüchtige Schneiderin, auch Kriegswitwe ohne Kind, welche auch in allen häuslichen Arbeiten tüchtig und erfahren ist, kennen zu lernen. Offerten mit Bild und näheren Angaben der Verhältnisse unt. L. P. 33, an Otto Klein, Berlin S W 47, Mödernastraße 67.

Hoch- u. Tagsschneider

erste Kräfte, für dauernde
Beschäftigung

sofort oder später gesucht.

Schröder, Hannover,

Thielenplatz 2.

Wohlfahrt ersten Ranges.

2 tüchtige, erfahrene, ordentliche

Schneidergesellen

(Großknecht) finden per sofort oder zum 1. Juli

dauernde Stellung bei gutem Lohn und sehr guter Kost in einem Landstädtchen im Westerbald bei

H. Kieft, Wohlfahrt,
Hagenburg, Westerbald.

Der Hofenschneider.

Wochenschrift über
Wissenschaft und Technik
der gesamten Hofen-
schneiderei.

Herausgeber:

G. Fuhs, Augsburg

Fabrikstraße 7 (Geis.)

Monatl. Bezugspreis 1 M.

Schnittmustersammlung.

System „Einfachheit“ auf Tafeln.
11 Sakkos und Westen M. 4.—,
11 Röcke und Westen M. 4.—,
11 Hosen M. 4.—, 12 Paletots
M. 4.—, (42—64 Oberweite), 7
Knabenanzugmuster (28—40 cm
Oberweite M. 3.50. Zusammen
bezogen M. 18.50.

Für alle Körperhalt. zu verwenden.

Privat-Zuschneide-Schule

von Chr. Thill

in Köln, Schließfach 199.